

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Angelika Brunkhorst, Cornelia Pieper, Michael Kauch, Horst Meierhofer, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Dr. Erwin Lotter, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Forschung für den Erhalt der Biologischen Vielfalt im Darwin-Jahr 2009

Weltweit nimmt die biologische Vielfalt weiter ab. Unabhängig von einzelnen positiven Entwicklungen stuft die 2006 erstellte Rote Liste von den Biotop-Typen in Deutschland rund 72,5 Prozent als gefährdet ein. Die Abnahme der biologischen Vielfalt betrifft auch die Menschen und die Wirtschaft, denn wir sind in vielerlei Weise von den Leistungen der Natur (den so genannten Ökosystemdienstleistungen) abhängig. Zu Recht heißt es in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (Bundestagsdrucksache 16/7082), dass eine zielgerichtete Forschung die zentrale Grundlage für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt darstellt.

Die deutsche Position zum Abschluss der 9. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt am 30. Mai 2008 unterstreicht die Bedeutung der biologischen Vielfalt und die Notwendigkeit einer effektiven Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Deutschland hat bis 2010 den Vorsitz der Konferenz und damit eine besondere Verantwortung für die Umsetzung der Konvention und die Unterstützung des IMoSEB-Prozesses (International Mechanism of Scientific Expertise on Biodiversity).

Zur Förderung einer umsetzungsorientierten Biodiversitätsforschung in Deutschland hat das Bundesamt für Naturschutz im letzten Jahr die so genannten Vilmer Handlungsempfehlungen herausgegeben, die u. a. Empfehlungen für Forschungspolitik und Forschungsförderung enthalten.

Unterdessen beklagen gerade die Naturkundemuseen ihre schlechte finanzielle und sächliche Ausstattung, was dazu führt, dass ihre Sammlungen infolge Geldmangels großteils nicht gezeigt und beforscht werden können oder dass der Nachwuchs beispielsweise bei den Taxonomen fehlt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen für eine zielgerichtete Forschung zur biologischen Vielfalt hat die Bundesregierung im Rahmen ihrer nationalen Strategie bislang ergriffen?
2. Welche konkreten Forschungsprojekte zum Erhalt der biologischen Vielfalt hat die Bundesregierung seit 1998 finanziert (bitte Angabe von Beginn und Laufzeit der Projekte)?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass auch zur konsequenten Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt das vorhandene Wissen besser vernetzt werden muss, und welche Schlussfolgerungen zieht sie hieraus?
4. Wie unterstützt die Bundesregierung konkret den IMoSEB-Prozess?
5. Bis wann rechnet die Bundesregierung mit der Einrichtung eines Weltbeirats für Biodiversität?
6. Inwieweit macht sich die Bundesregierung insgesamt die „Vilmer Handlungsempfehlungen“ zu eigen, und welche konkreten Schlussfolgerungen zieht sie hieraus?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Verbesserung der finanziellen und materiellen Ausstattung der forschenden Naturkundemuseen in Deutschland, und inwieweit sieht sie sich in besonderer Verantwortung?
8. Welche konkreten Fortschritte wurden nach der Eingliederung des Naturkundemuseums Berlin in die Leibniz-Gemeinschaft erzielt?
9. Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung gerade im Darwin-Jahr 2009, um die Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung der Erhaltung der biologischen Vielfalt für die Menschen zu informieren und zu sensibilisieren?

Berlin, den 10. Februar 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion der FDP